

Staatskanzlei, Schlossmühlestrasse 9, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Departement für Umwelt, Verkehr,
Energie und Kommunikation UVEK
Frau Doris Leuthard
Bundesrätin
3003 Bern

Frauenfeld, 22. Januar 2013

Energiestrategie 2050

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum ersten Massnahmenpaket im Rahmen der Energiestrategie 2050 Stellung nehmen zu können. Aus unserer Sicht sind folgende Bemerkungen anzubringen:

I. Allgemeine Bemerkungen

Die Energiestrategie des Bundes mit dem schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie und der weitreichenden Ausschöpfung der Effizienzpotenziale und der erneuerbaren Energien ist aus Sicht des Kantons Thurgau grundsätzlich die richtige Antwort auf die zukünftigen energiepolitischen Herausforderungen. Auch wenn nicht alle Probleme gelöst werden, bedeutet das Massnahmenpaket eine wichtige Weichenstellung. Von Bedeutung ist, dass sich die Strategie nicht auf die Kernenergie bzw. die Elektrizität beschränkt. Denn gleichzeitig sollen auch die anderen Politikziele weiterverfolgt werden – namentlich die Klimaziele – und unerwünschte Substitutionseffekte sollen vermieden werden.

Als richtig beurteilt der Kanton Thurgau, dass die Energiestrategie in Etappen umgesetzt werden soll. Es ist deshalb zu begrüßen, dass jetzt mit konkreten Massnahmen der Umbau des Energiesystems gestartet wird, verbindliche Zwischenziele gesetzt werden und dann das weitere Vorgehen beschlossen wird.

Bezüglich der Massnahmen zieht der Kanton Thurgau wenn immer möglich marktwirtschaftliche Ansätze regulatorischen vor.

Die Energiestrategie 2050 setzt die Schwerpunkte auf die Bereiche Erhöhung der Energieeffizienz und Ausbau der erneuerbaren Energien. Damit verbunden sind Massnahmen, welche es erlauben, einen grösseren Teil der Wertschöpfung entlang der Kette „Energieproduktion - Energieverteilung - effizienter Energieeinsatz“ im Inland zu generieren. Gestärkt durch den wichtigen Heimmarkt kann sich die Schweizer Wirtschaft Wettbewerbsvorteile erarbeiten. Eine geringere Auslandabhängigkeit bei den Energieträgern senkt langfristig die Risiken.

Der Kanton Thurgau betrachtet die Energiestrategie 2050 als Gesamtpaket. Auch wenn die eine oder andere Massnahme noch Verbesserungspotenzial aufweist, soll ein Zerpfücken des Pakets vermieden werden. Insbesondere ist zu verhindern, dass einzelne Sektoren oder Wirtschaftszweige von der Strategie ausgenommen werden.

Selbstverständlich sind wir uns bewusst, dass die Umsetzung der Energiestrategie 2050 mit dem Ausstieg aus der Kernenergie eine ausserordentlich grosse Herausforderung darstellt und vor allem für die Wirtschaft und die Beschäftigungslage in der Schweiz erhebliche Risiken und Unsicherheiten mit sich bringt. Dennoch treten wir klar für die neue Energiestrategie ein, einerseits weil es im Hinblick auf die Erhaltung der Lebensgrundlagen für zukünftige Generationen wohl kaum taugliche Alternativen gibt, andererseits weil die neue Energiestrategie auch viele Chancen für Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt eröffnet.

II. Beurteilung der Massnahmen im Einzelnen

Für unsere Beurteilung der Massnahmen im Einzelnen verweisen wir in erster Linie auf den beiliegenden Fragebogen.

Ergänzend zum Fragebogen erlauben wir uns Bemerkungen zu den folgenden Bereichen:

Vorschriften Elektrogeräte (Art. 41 EnG)

Der Bundesrat will neu Gebrauchsvorschriften für Elektrogeräte festlegen. Mit dem Vollzug sollen die Kantone und Gemeinden beauftragt werden. Es ist zurzeit schwierig, den Aufwand abzuschätzen, bevor nicht bekannt ist, für welche Geräte und Anlagen Vorschriften formuliert werden. Grundsätzlich befürwortet der Kanton Thurgau den optimalen und damit effizienten Einsatz der Geräte, hat aber Vorbehalte, was den Vollzug anbelangt. Vorzuziehen sind technische Vorschriften, welche den effizienten Einsatz garantieren (z. B. Zeitschaltuhren, Dimmer), ohne dass die Geräte im Gebrauch noch überprüft werden müssen. Ebenso sind aus vollzugstechnischer Sicht Verbote dort ein-

3/3

zusetzen, wo effizientere und wirtschaftliche Alternativen existieren (z. B.: Elektrodirektheizungen wie Heizmatten und Strahler oder Elektroheizungen in Whirlpools).

Gebäudebereich, Neubauten (Art. 42 EnG)

Im Rahmen der Erarbeitung der Leitlinien der EnDK haben sich die Kantone verpflichtet, die MuKE bis 2014 dem neusten Stand der Technik anzupassen. Der Bundesrat will die Kantone verpflichten, zusätzliche Elemente ins Pflichtmodul der MuKE aufzunehmen, so etwa höhere Anforderungen an die Gebäudetechnik, die Pflicht zur Betriebsoptimierung oder einen Bonus auf der Ausnutzungsziffer beim Erreichen bestimmter energetischer Minimalstandards. Der Kanton Thurgau unterstützt grundsätzlich die zusätzlichen Bedingungen und regt gleichzeitig eine Ergänzung um Vorschriften im Elektrizitätsbereich für alle Neubauten an. Soll das Nutzerverhalten angesprochen werden, erfolgt dies mit Vorteil über die Energiepreise, da Vorschriften in diesem Bereich aufwendig sind.

Abschliessend bedanken wir uns nochmals für die Möglichkeit zur Stellungnahme zu dieser Vorlage und auch für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen

Die Präsidentin des Regierungsrates

Der Staatsschreiber

Beilage: Fragebogen

Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050

Antwortende Organisation:

Kanton Thurgau

Inhalt

Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050.....	1
Allgemeine Fragen.....	2
Kernenergiegesetz.....	2
Zweck, Ziele, Grundsätze Energiegesetz	3
Energieeffizienz	3
Gebäude	3
Mobilität.....	5
Energieversorgungsunternehmen und Unternehmen der Energiewirtschaft	6
Industrie und Dienstleistungen	6
Erneuerbare Energien	7
Anschlussbedingungen und Abnahme- und Vergütungspflicht	8
Einspeisevergütungssystem	9
Einmaliger Beitrag für kleine Photovoltaik-Anlagen	10
Netzzuschlag.....	11
Fossile Kraftwerke	12
Netze	13

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen: Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

Allgemeine Fragen

1. Sind Sie insgesamt mit der Vernehmlassungsvorlage zur Energiestrategie 2050 einverstanden?

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Energiestrategie des Bundes mit dem schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie und der weitreichenden Ausschöpfung der Effizienzpotenziale und der erneuerbaren Energien ist die richtige Antwort auf die zukünftigen energiepolitischen Herausforderungen. Dabei betrachten wir die Energiestrategie 2050 als Gesamtpaket. Auch wenn die eine oder andere Massnahme noch Verbesserungspotenzial aufweist, ist am Gesamtpaket festzuhalten, ohne einzelne Sektoren oder Wirtschaftszweige auszunehmen.

2. Sind Sie mit dem etappierten Vorgehen der Energiestrategie 2050 einverstanden (zweite Etappe gemäss Ziffer 1.4 im erläuternden Bericht)?

Erläuternder Bericht: 1.3 (erstes Massnahmenpaket), 1.4 (zweite Etappe)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Es ist richtig, dass die Energiestrategie in Etappen umgesetzt werden soll. Der Kanton Thurgau begrüsst es deshalb, dass jetzt mit konkreten Massnahmen der Umbau des Energiesystems gestartet wird, verbindliche Zwischenziele gesetzt werden und dann das weitere Vorgehen beschlossen wird.

3. Sind Sie damit einverstanden, den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie mit dem vorliegenden Massnahmenpaket zu verknüpfen?

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Kernenergiegesetz

4. Sind Sie damit einverstanden, dass Rahmenbewilligungen für die Erstellung neuer Kernkraftwerke nicht mehr erteilt werden dürfen?

Kernenergiegesetz, Art. 12 Abs. 4 (neu)

Erläuternder Bericht: 1.2 sowie 2.2.6

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Der Bau eines neuen Kernkraftwerkes in der Schweiz ist nach unserer Beurteilung weder politisch noch wirtschaftlich realisierbar.

Zweck, Ziele, Grundsätze Energiegesetz

5. Sind Sie damit einverstanden, dass Ausbauziele für die Produktion von Elektrizität aus erneuerbaren Energien sowie Verbrauchsziele gesetzlich festgelegt werden?

EnG Art. 2 und 4, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: Gesamt sowie insbesondere 1.2, 1.3, 1.6, 2.1 (1. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Energieeffizienz

Gebäude

6. Sind Sie mit der vorgesehenen Erhöhung der Gesamtmittel von Bund und Kantonen zur Verstärkung des Gebäudeprogramms ab 2015 auf maximal 600 Millionen Franken pro Jahr einverstanden?

CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und Art. 34

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude) sowie 2.2.2

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

7. Welche Variante bevorzugen Sie bei der Änderung der gesetzlichen Grundlage für die Verwendung des Ertrags aus der CO₂-Abgabe für den Gebäudebereich?

CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und Art. 34

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude) sowie 2.2.2

☐ Variante 1 (CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und 34, Variante 1)

- ☐ Variante 2 (*CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und 34, Variante 2*)
☒ Keine der beiden Varianten, vgl. den eigenen Vorschlag unter Bemerkungen
☐ Keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die wichtigste Massnahme für bestehende Gebäude stellt die Aufstockung der Mittel für Gebäudesanierungen dar, mit dem Ziel, die Sanierungsrate zu erhöhen. Der Kanton Thurgau begrüsst diese Massnahme und spricht sich für die Variante 1 aus. Die heutigen Teile A und B des Gebäudeprogramms werden mit dieser Variante aufgehoben (damit de facto auch das heutige Gebäudeprogramm), und die Mittel werden vollständig in Form von Globalbeiträgen an die Kantone verteilt. Es ist dabei sicher zu stellen, dass der Vollzugsaufwand der Kantone wie bisher vom Bund entschädigt wird. Variante 1 trägt der verfassungsrechtlich festgelegten Zuständigkeit der Kantone im Gebäudebereich besser Rechnung als Variante 2 und gewährt den Kantonen mehr Spielraum bei der Ausgestaltung des eigenen Gebäudeprogramms. Die Variante 1 könnte jedoch dazu führen, dass Gebäudeprogramme in finanzschwachen Kantonen zum Erliegen kommen und damit nicht genügend Mittel fliessen, um die nationalen Ziele im Gebäudebereich zu erreichen. Der Kanton Thurgau beantragt deshalb, das Beitragsverhältnis Bund/Kanton von 50/50, welches heute beim Teil B des Gebäudeprogramms angewendet wird, zugunsten der Kantone anzupassen, z. B. auf 75/25. Dies erfordert eine Erhöhung des Abgabesatzes auf Fr. 90.-- pro Tonne

Die Bestimmung, wonach Globalbeiträge für Sanierungen nur gesprochen werden, wenn ein GEAK Plus erstellt wurde (*Art. 52 EnG*), hebt die Bedeutung des GEAK und dessen Bekanntheitsgrad an, was erwünscht und sachlich richtig ist.

8. Sind Sie damit einverstanden, dass Kosten für Gebäudeinvestitionen, die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen, über drei Jahre verteilt steuerlich abgezogen werden können, und dass ab 2025 Investitionen (vgl. erläuternder Bericht: 2.2.3), die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen nur dann steuerlich abzugsberechtigt sind, wenn das betroffene Gebäude einen bestimmten energetischen Mindeststandard aufweist? *Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer, Art. 31a (neu), Art. 32 Abs. 2^{bis} (neu), Art. 32 Abs. 2^{ter} (neu), Art. 67a (neu) und Art. 205e (neu); Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden, Art. 9 Abs. 3^{bis} bis Abs. 3^{quinqües} (neu), Art. 10 Abs. 1^{ter} (neu), Art. 25 Abs. 1^{ter} und Art. 72q (neu) und 78f (neu)*
Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude), 2.2.3 und 2.2.4

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Möglichkeit, Gebäudeinvestitionen verteilt auf drei Jahre steuerlich abzuziehen, wäre ein gravierender Eingriff in das Prinzip der Periodizität und damit der Steuersystematik.

Die Einschränkung, dass die steuerliche Abzugsberechtigung nur gilt, wenn das Gebäude

einen bestimmten energetischen Mindeststandard aufweist, lehnen wir ab. Diese Einschränkung würde zu erheblichen Vollzugsschwierigkeiten führen. Insbesondere können die Steuerverwaltungen keine energietechnischen Abklärungen vornehmen. Steuerveranlagungen müssen Massenverfahren bleiben, die nicht durch energietechnische Abklärungen von Fachspezialisten erschwert und verzögert werden.

Zusatzantrag: Wir beantragen, eine Massnahme „Sanierung Stockwerkeigentum“ in die Strategie aufzunehmen. Zahlreiche Gebäude im Mit- oder Stockwerkeigentum weisen heute ein Alter auf, in welchem sich die Frage nach einer Gesamtsanierung oder gar eines Ersatzneubaus stellt. Sanierungen zur Erhaltung der Sache bedürfen einer einfachen Mehrheit, für einen Ersatzneubau ist die Zustimmung aller Stockwerkeigentümer notwendig. Aus diesen Gründen und weil Erneuerungsfonds häufig zu schwach dotiert sind bzw. gänzlich fehlen, werden fällige Sanierungen aufgeschoben. Das Stockwerkeigentümerrecht ist deshalb auf Massnahmen zu überprüfen, welche Anreize setzen oder Hindernisse beseitigen, um energetische Sanierungen durchzuführen. Beispielsweise könnten Stockwerkeigentümergemeinschaften zur Einrichtung von Erneuerungsfonds mit einer bestimmten Mindesteinlage verpflichtet werden.

Mobilität

9. Sind Sie mit der Verschärfung des CO₂-Emissionszielwerts für die erstmals in Verkehr gesetzten Personenwagen auf durchschnittlich 95 g CO₂/km bis Ende 2020 einverstanden?
CO₂-Gesetz, Änderung Art. 10

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Mobilität) sowie 2.2.2

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

10. Sind Sie mit der Einführung eines CO₂-Emissionszielwerts für die erstmals in Verkehr gesetzten Lieferwagen und leichten Sattelschleppern und dessen Festlegung auf durchschnittlich 175 g CO₂/km bis Ende 2017 und auf durchschnittlich 147 g CO₂/km bis Ende 2020 einverstanden?

CO₂-Gesetz, Änderung Art. 10

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Mobilität) sowie 2.2.2

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Energieversorgungsunternehmen und Unternehmen der Energiewirtschaft

11. Sind Sie damit einverstanden, dass Elektrizitätslieferanten Zielvorgaben zur stetigen Steigerung der Effizienz beim Elektrizitätsverbrauch erfüllen müssen (mittels Einführung von sogenannten weissen Zertifikaten)?

EnG, Art. 43 bis 46, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Energieversorgungsunternehmen) sowie 2.1 (6. Kapitel 3. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Strom wird in Zukunft ein knapperes Gut sein. Wir erachten es daher als unumgänglich, dass Energieeffizienz bzw. Stromsparen zu einem Standbein der EVU werden muss. Die EVU haben den direkten Draht zum Stromkonsumenten und zur Stromkonsumentin und das notwendige Fachwissen. Der marktwirtschaftliche Ansatz über „Weisse Zertifikate“ trägt der unterschiedlichen Ausgangslage der EVU Rechnung und lässt genügend Spielraum offen, wie die Absenckziele erreicht werden können. Im Gegensatz zum „decoupling“ ist der Ansatz über Zertifikate mit geöffneten Strommärkten kompatibel. Bei Elektrizitätsversorgern, welche mehrheitlich im Besitz der Kantone sind, ist eine Entflechtung zwischen Gewinnabgabe an den Staat und Stromabsatz anzustreben. Effizienzziele sind in die kantonalen Leistungsaufträge aufzunehmen.

12. Sind Sie damit einverstanden, dass der Bund Unternehmen der Energiewirtschaft aus Gründen der Transparenz und Information verpflichten kann, Daten zu veröffentlichen (insbesondere bezüglich Strom- und Wärmeverbrauch von Kundengruppen sowie bezüglich Angeboten und Massnahmen zur Förderung einheimischer und erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz)?

EnG, Art. 62, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (9. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Industrie und Dienstleistungen

13. Sind Sie mit der Ausweitung der wettbewerblichen Ausschreibungen auf Elektrizitätsproduktion und -verteilung einverstanden?

EnG, Art. 33, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Industrie und Dienstleistungen) sowie 2.1 (4. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

14. Sind Sie damit einverstanden, dass sich Endverbraucherinnen und Endverbraucher mit einem Elektrizitätsverbrauch von mehr als 0,5 GWh pro Jahr gegenüber dem Bund zur Steigerung der Stromeffizienz sowie zur Verminderung des CO₂-Ausstosses verpflichten können und damit den Netzzuschlag rückerstattet erhalten?

EnG, Art. 38, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Industrie und Dienstleistungen) sowie 2.1 (5. Kapitel 1. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Anstrengungen der Industrie- und Dienstleistungsbetriebe für mehr innerbetriebliche Energieeffizienz und weniger CO₂-Ausstoss sind anzuerkennen. Der Kanton Thurgau ist jedoch überzeugt, dass im Bereich Energieeffizienz noch Potenzial brach liegt. Mit der Ausdehnung der Zielvereinbarungen auf Stromsparmassnahmen werden die notwendigen Anreize gesetzt, die wirtschaftlichen Potenziale zu erschliessen. In Bezug auf die Möglichkeit der KEV-Abgabebefreiung für energieintensive Unternehmen muss die richtige Balance zwischen Aufwand und Ertrag angestrebt werden. Der Kanton Thurgau begrüsst es, dass die eingesparten KEV-Gelder in Effizienzmassnahmen investiert werden müssen.

Erneuerbare Energien

15. Sind Sie mit der Einführung einer gemeinsamen Planung von Bund und Kantonen sowie eines gesamtschweizerischen Ausbaupotenzialplans für den Ausbau der erneuerbaren Energien einverstanden?

EnG, Art. 11 und 12, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Raumplanerische Massnahmen mit energiespezifischer Zielsetzung sind zwingend für die Energiestrategie 2050. Die Regelungen gehören aber ins Raumplanungsrecht. Allenfalls könnten diese Bestimmungen daher auch bei Kapitel 8 „Änderung des bisherigen Rechtes“ als Änderung des RPG platziert werden. Der Stellenwert des Ausbaupotenzialplans ist unklar und zu überprüfen, ebenso dessen Erarbeitung und Zusammenführung.

16. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kantone verpflichtet werden, insbesondere für Wasser- und Windkraft geeignete Gebiete und Gewässerstrecken im Richtplan festzulegen und dazu einen Nutzungsplan vorzulegen?

EnG, Art. 13, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Auch diese Regelung gehört ins Raumplanungsgesetz. Die Absätze 2 und 3 sind unter dem Aspekt der Subsidiarität nochmals zu überprüfen.

17. Sind Sie damit einverstanden, dass für neue Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien ab einer gewissen Grösse und Bedeutung ein nationales Interesse statuiert wird?

EnG, Art. 14, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Indem der Bund der Nutzung erneuerbarer Energien den Status „nationales Interesse,“ zuweist, wird die Nutzungsseite gestärkt, und es dürfte vermehrt zu frühzeitigen Interessenabwägungen zwischen den verschiedenen Seiten kommen. Der Kanton Thurgau erwartet, dass allfällige Vollzugshilfen des Bundes den Willen, Interessenabwägungen auch in Schutzgebieten durchzuführen, abbilden. Konkret sind deshalb die existierenden Empfehlungen zu Wind- und Kleinwasserkraftanlagen dringend zu überarbeiten. Die Ausschlusskriterien sollen eng gehalten und klar definiert werden.

In Abs. 4 von Art. 14 ist am Anfang zu ergänzen: „Der Bundesrat legt, *in Zusammenarbeit mit den Kantonen*, soweit nötig, pro“

Anschlussbedingungen und Abnahme- und Vergütungspflicht

18. Sind Sie mit der Einführung einer Eigenverbrauchs-Regelung, d.h. der Schaffung der gesetzlichen Möglichkeit für Anlagebetreiber, selbst produzierte Energie selber zu verbrauchen, einverstanden?

EnG, Art. 17 Absatz 2, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 1. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Sehr zu begrüßen ist die Vorschrift, dass die Eigenverbrauchsregelung für alle Anlagen gelten soll. Diese Bestimmung wird einen wichtigen Anreiz setzen, in Stromproduktionsanlagen zu investieren, namentlich für Privatpersonen. Es zeigt sich in der Praxis, dass das Bedürfnis, Strom selber zu produzieren, wächst, wenn die Eigenproduktion auf der Stromrechnung sichtbar wird, bzw. von den Stromkosten in Abzug gebracht werden kann.

In diesem Zusammenhang schlägt der Kanton Thurgau als zusätzliche Massnahme vor, Beteiligungen von Stromkonsumentinnen und Stromkonsumenten an gemeinsamen Produktionsanlagen (z. B. grosse PV-Anlagen) zu fördern, indem die EVU verpflichtet werden, den beteiligten Stromkonsumenten ihren Anteil an der Stromproduktion der Gemeinschaftsanlage anzurechnen. Insbesondere Mieterinnen und Mieter erhalten so einen wichtigen Anstoss, selber einen Beitrag zur Stromproduktion zu leisten.

Einspeisevergütungssystem

19. Sind Sie mit dem Ausschluss von Kehrlichtverbrennungs- und Klärgasanlagen sowie Anlagen, die teilweise fossile Brenn- oder Treibstoffen nutzen, aus dem Kreis der teilnahmeberechtigten Anlagen einverstanden?

EnG, Art. 18 Absatz 4, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir sind mit diesem Vorschlag einverstanden. Es ist jedoch dafür zu sorgen, dass für die aus dem teilnahmeberechtigten Kreis ausgeschlossenen Anlagen Anreize geschaffen werden, die Energieproduktion soweit als möglich zu steigern.

20. Sind Sie mit der Begrenzung der jährlich zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel zur Förderung von Photovoltaik-Anlagen einverstanden? Diese Kontingentierung soll als Ersatz für die heutige mehrstufige Regelung mit Gesamtdeckel und Teildeckel dienen.

EnG, Art. 20, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir sind mit einer Begrenzung der Mittel einverstanden, beantragen aber die Beibehaltung eines Gesamtdeckels sowie eines Teildeckels für Solarstromanlagen.

21. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Vollzug des Einspeisevergütungssystems und der neuen Aufgaben (Einmalvergütung für kleine Photovoltaik-Anlagen, WKK-Vergütungssystem) eine separate Stelle in der Form einer Tochtergesellschaft bei der nationalen Netzgesellschaft geschaffen wird?

EnG, Art. 65 und 66, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (10. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Einmaliger Beitrag für kleine Photovoltaik-Anlagen

22. Sind Sie damit einverstanden, dass Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW ausserhalb des Modells der Einspeisevergütung gefördert werden?

EnG, Art. 28-30, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 3. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir begrüssen den Systemwechsel bei kleinen PV-Anlagen. Jedoch schlägt der Kanton Thurgau vor, die Obergrenze für einmalige Investitionshilfen bei PV-Anlagen nicht bei 10 kW, sondern bei 30 kW festzulegen. Eine Unterstützung in der Höhe von 30 % der Investitionskosten ist zum Auslösen von Investitionen für Anlagen dieser Grössenordnung angesichts der sinkenden Preise für PV-Module mehr als ausreichend. Die bestehende Warteliste bei PV-Anlagen kann damit effektiver abgebaut werden. Die Grenze von 30 kW entspricht gleichzeitig der Schwelle für das Erfassen der Anlage und der eingespeisten Elektrizität und für die Pflicht des Herkunftsnachweises (Art. 1d Abs. 2 EnV). Für Anlagen über 30 kW ist eine weitere Absenkung der Vergütungssätze zu prüfen. Der Kanton Thurgau betrachtet die heute geltenden Annahmen bezüglich Verzinsung und Unterhaltskosten bspw. als zu hoch.

23. Sind Sie damit einverstanden, dass Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW mit einem einmaligen Beitrag (Einmalvergütung) anstelle der Einspeisevergütung gefördert werden? Oder bevorzugen Sie – als Alternative zur Einmalvergütung – das Net Metering für die künftige Förderung der kleinen Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW?

EnG, Art. 28-30, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 3. Abschnitt)

☒ Einmalvergütung
☒ Net Metering
☐ Keine der erwähnten Optionen

Bemerkungen:

Aus Sicht des Kantons Thurgau soll die Einmalvergütung für kleine PV-Anlagen mit dem Net-Metering gekoppelt werden. Die vorliegende Revision des Energiegesetzes ist aus Sicht des Kantons Thurgau so zu verstehen, dass die Eigenverbrauchsregelung (Art. 17 Abs. 2) generell – also unabhängig vom Fördersystem – gilt.

24. Sind Sie mit damit einverstanden, dass die kleinen Photovoltaik-Anlagen unter 10 kW auf der Warteliste (ohne positiven Bescheid) vom Einspeisevergütungssystem ausgenommen und mittels Einmalvergütung gefördert werden?

EnG, Art 71, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt sowie 12. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Siehe Bemerkungen zu Frage 22.

Netzzuschlag

25. Sind Sie mit der Entfernung des Gesamtdeckels sowie der Teildeckel für die Finanzierung der Vergütungen einverstanden?

EnG, Art 36, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (5. Kapitel)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir beantragen die Beibehaltung eines Gesamtdeckels. Für grössere Solaranlagen wird ein Teildeckel weiterhin als sinnvoll erachtet.

Der Kanton Thurgau beantragt, dass die Stromproduktion aus Prozessabwärme, unabhängig davon, wie diese erzeugt wurde, ebenfalls durch die kostendeckende Einspeisevergütung gefördert wird. Es ist ökologisch sinnvoll, aus Prozessabwärme die höchstmögliche Wertschöpfung anzustreben. Anstatt die überschüssige Abwärme an die Umwelt abzugeben, kann mit der Umwandlung in Elektrizität ein hochwertiges Produkt erzeugt werden.

Die vorgeschlagene Ergänzung des bestehenden Einspeisevergütungsmodells mit einem Ausschreibemodell für bestimmte Technologien und Anlagegrössen (bei PV bspw. über 30 kW) bringt mehr Wettbewerb ins System und ist daher aus marktwirtschaftlicher Sicht zu begrüßen.

Der Kanton Thurgau begrüsst den Ausbau der Risikoübernahmegarantien durch den Bund für die Nutzung der tiefen Geothermie, ebenso die Aufstockung der Mittel für Pilot- und Demonstrationsprojekte in diesem Bereich.

Längerfristig ist das System KEV grundlegend zu überdenken. Der Kanton Thurgau vermisst diesbezüglich einen Entwicklungspfad für die Zeit nach 2020, insbesondere für die Übergangsphase bis hin zu einem reinen Lenkungsinstrument. Aus Sicht des Kantons Thurgau ist ein Übergang hin zu Erneuerbaren-Quoten für Elektrizitätsunternehmen unumgänglich.

Fossile Kraftwerke

26. Sind Sie mit der Einführung eines WKK-Vergütungssystems einverstanden?

EnG, Art 31 ff., Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.1 (3. Kapitel, 4. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Der Kanton Thurgau kennt seit einigen Jahren bereits eine Förderung für WKK-Anlagen. Die vorgeschlagene Förderung über einen garantierten Vergütungspreis unterstützt der Kanton, ebenso die variable Ausgestaltung des Fördersatzes.

27. Sind Sie mit dem Förderbereich des Vergütungssystems für WKK einverstanden (Anlagen mit einer Feuerungswärmeleistung von 0,35 MW bis und mit 20 MW)?

EnG, Art.31 Abs. 1, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.1 (3. Kapitel, 4. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir beantragen, eine Förderungsmöglichkeit auch unterhalb von 350 kW zu prüfen.

28. Sind Sie mit der Einführung einer Verpflichtung zur Kompensation sämtlicher verursachter Emissionen, unter gleichzeitiger Befreiung von der CO₂-Abgabe, für Anlagen, die am WKK-Vergütungssystem teilnehmen, einverstanden?

CO₂-Gesetz, Art. 22 Abs. 4bis (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.2.2

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Konsequenzen sind noch zu wenig klar. Wir befürchten, dass die Pflicht zur vollständigen Kompensation der CO₂-Emissionen den angestrebten Ausbau von WKK-Anlagen abwürgen wird. Die CO₂-Abgabe soll als Option offen bleiben.

29. Welche alternative Fördermöglichkeiten für die Wärme-Kraft-Kopplung schlagen Sie vor?

.....
.....
.....
.....

Netze

30. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Regelungen zur Verfahrensbeschleunigung auf dem Gebiet des Elektrizitätsrechts einverstanden? Dazu gehört insbesondere, dass der Zugang ans Bundesgericht auf Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung eingeschränkt wird.

Bundesgerichtsgesetz, Art. 83 Bst. w (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.4 sowie 2.2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

31. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Regelungen zur Einführung und Kostentragung von intelligenten Messsystemen einverstanden?

Dies betrifft insbesondere die Delegationsnormen zur Einführung und zur Festlegung von Mindestanforderungen sowie die Möglichkeit für die Netzbetreiber, die Kosten der Einführung gesetzlich vorgeschriebener intelligenter Messsysteme als anrechenbare Netzkosten auf die Endkundinnen und -kunden zu überwälzen

Stromversorgungsgesetz, Art. 15 Abs.1 und 1bis (neu) sowie Art. 17a (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.4 sowie 2.2.8

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: